

Zwischen »neuer Mitte« und sozialem Abstieg

Die SPD in den Zeiten der großen Koalition

Joachim Bischoff

»Die SPD wolle die Idee der sozialen Gerechtigkeit grundlegend erneuern«, verkündet der neue SPD-Vorsitzende Platzeck. Die Erneuerung soll über zwei Wege umgesetzt werden. Zum einen will die Sozialdemokratie der Debatte über ein neues Grundsatzprogramm neuen Schwung verleihen, so dass dessen Verabschiedung zum Herbst 2007 möglich wird. Zum andern will die SPD in der Regierungskoalition mit den Unionsparteien neue Schwerpunkte setzen. Eine »moderne Sozialstaatlichkeit« – so Platzeck – bestehe aus »dem Dreiklang: mehr Kinder, bessere Bildung und starke Familien.«

Platzeck ordnet seine Partei für die künftige Perspektive in der linken Mitte ein. »Links ist ein Begriff von Gerechtigkeit, der sich an Freiheit und Gleichheit orientiert. Links bedeutet, alles zu tun, um bessere Lebenschancen für mehr Menschen zu schaffen.« (Platzeck 2005: 18) Platzeck will mit dieser Positionsbestimmung zugleich eine Abgrenzung von der Partei der neuen Linken – Linkspartei.PDS/WASG – vornehmen. »Wir müssen zu manchen Zielen neue Wege finden. Das unterscheidet uns übrigens von der Linkspartei, die sich neue Linke nennt, aber nur alte Rezepte aufkocht. Heute geht es um Probleme, die in den 50er , 60er, 70er Jahren weniger Gewicht hatten. Damals war eine unserer vorrangigen Aufgaben, für Gerechtigkeit am Arbeitsplatz zu sorgen, für angemessene Entlohnung, anständige Arbeitsbedingungen. Das ist nach wie vor sehr wichtig. Heute geht es aber auch um den gerechten Zugang zu Möglichkeiten der Selbstentfaltung. Der gerechte Zugang zu Bildung ist der Schlüssel schlechthin, um später am Leben teilnehmen zu können.« (Platzeck 2006)

Bei diesem neuen Anlauf zu einer programmatisch-strategischen Neupositionierung der SPD soll auch der linke Flügel einbezogen werden. Der neue Generalsekretär Heil sicherte den VertreterInnen der Demokratischen Linken zu, dass auch eine inhaltliche Auseinandersetzung um die Konzeption des »demokratischen Sozialismus« Bestandteil der Debatte sein müsse. Den Versuch des früheren Bundesgeschäftsführers Scholz, sich von dieser Zielvorstellung im Grundsatzprogramm zu verabschieden, werde die neue Parteiführung nicht fortführen. Die Umsetzung dieser Absicht wird dazu führen, dass die programmatisch-strategische Debatte im Parteibildungsprozess von Linkspartei. PDS und WASG nicht mit einfachen Formeln wie »linker Populismus« oder »alte Rezepte« beiseite gefegt werden kann.

Zur Zeit weicht die sozialdemokratische Führung wie die sozialdemokratische Linke einer politischen Debatte über das Phänomen »neue Linke« aus. Otmar Schreiner spielt auf die internen Debatten in Linkspartei und WASG an und setzt auf den Faktor Zeit: »Noch weiß niemand genau, was aus der geplanten Fusion von Linkspartei. PDS und WASG letztlich herauskommt...Genauso wird man sehen müssen, wie sich die SPD bewegt, da ist auch erst manches im Fluss. Eine definitive Einschätzung, wohin die Reise mit dem Vorsitzenden geht, ist noch gar nicht möglich.« (Schreiner 2006: 17) Sicherlich ist jede Auseinandersetzung mit den aktuellen Tendenzen der Umgruppierung in der politischen Linken mit etlichen Unsicherheiten behaftet. Dass

wir es eben nicht mit einer deutschen Besonderheit¹ zu tun haben, sondern diese komplizierten und widersprüchlichen Um- und Neugruppierungen der politischen Linken auch in anderen europäischen Ländern zu verzeichnen sind, macht eine kontinuierliche, d.h. nicht abschließende Auseinandersetzung notwendig. Die Frage lautet also: Was sind die politischen Linien zu Beginn der Auseinandersetzung um eine programmatisch-strategische Neupositionierung der Sozialdemokratie.

Schrumpfende Gesellschaft und Gerechtigkeit

Der Hintergrund für die von Platzeck – sicherlich Repräsentant der sozialdemokratischen Mehrheitsströmung – verfolgte Konzeption ist eine spezifische Sichtweise auf die politökonomische Veränderung des Kapitalismus in den zurückliegenden Jahrzehnten: Die Globalisierung habe eine Beschränkung der Verteilungsspielräume des Sozialprodukts und eine verschärfte Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Unternehmen und daher auch unter den Nationen mit sich gebracht. Unterstellt wird die gängige Sichtweise, dass weltwirtschaftliche Zusammenhänge eine Politik des Verzichts und des sozialgerechten Schrumpfens erzwingen. Die linke Gegenposition zu dieser Sichtweise: Die Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen – Rückgang der Arbeitseinkommen, Erhöhung der Unternehmer- und Vermögenseinkommen – setzt Ende der 1970er Jahre ein und wird durch steuerliche Maßnahmen verstärkt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind die Arbeitnehmerentgelte selbst nominal (um 0,6 %) gefallen; d.h. die Gewinn- und Vermögenseinkommen haben stärker zugenommen als das gesamte Volkseinkommen des Jahres 2005. Diese Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen ist zur entscheidenden Bremse für die wirtschaftliche Entwicklung, die Erosion der sozialen Sicherungssysteme, den Rückgang in der Beschäftigung und eine wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland geworden.

Ähnlich verkürzt und damit kontrovers ist die Hypothese von der schrumpfenden Bevölkerung und den dadurch vermeintlich bedingten wirtschaftlichen Konsequenzen. Während Keynes im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts von einer Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung bei anhaltender Produktivitätssteigerung erwartete, dass im ersten Drittel des 21. Jahrhunderts steigender Wohlstand mit erheblich verringertem Arbeitsaufwand für alle möglich sein wird, plädiert die Sozialdemokratie für eine Politik des »glücklichen Schrumpfens«.² Wie in einem

¹ Tobias Dürr stellt zur Gärung im Parteiensystem fest: »Die wirkliche Neuerung der Wahl des Jahres 2005 bestand nun allein darin, dass sich mit der zur ›Linkspartei‹ umbenannten PDS im deutschen Parteiensystem ein Pol der reinen Beharrung etabliert hat. Ob diese Partei als Organisation mittelfristig funktionieren kann, ist hochgradig zweifelhaft. Dass indessen für ihr Angebot der nackten Wirklichkeitsverleugnung eine beträchtliche Nachfrage besteht, liegt klar zutage.« (Dürr 2006: 75f.) Diese Abgrenzung gegenüber der »Linken« als Pol der Beharrung führt nicht weiter; es geht um die inhaltliche Debatte der gesellschaftspolitischen Optionen für das 21. Jahrhundert

² Platzeck geht soweit zu sagen, dass ostdeutsche Politiker insofern exemplarische Erfahrung haben, weil sie die Politik des »Schrumpfens« in den ostdeutschen Bundesländern vorbildhaft durchmachen. »Abwanderung und zunehmender Wohnungsleerstand, die Schließung von Schulen, Bibliotheken und Schwimmbädern, ländliche Regionen mit immer weniger jungen Menschen und Dörfer ohne Kinder – das alles ist in vielen Regionen Ostdeutschlands bereits heute Wirklichkeit... Was heute schon im Osten geschieht, steht auch im Westen mit Wucht bevor.« (Platzeck 2005: 133)

In der Tat hat die politische gewollte Konzeption der Vereinigung eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophe in Ostdeutschland erzeugt und es ist keine leichte Aufgabe unter kapitalistischen Rahmenbedingungen mit den Folgen einer solchen Unterentwicklung fertig zu werden. Auf der anderen Seite besteht die Herausforderung in den kapitalistischen Hauptländern aber darin,

Brennglas wird die grundlegende programmatische Veränderung deutlich: Keynes These von 1930 lautet: »In wenigen Jahren – damit meine ich, noch zu unseren Lebzeiten – werden wir in der Lage sein, alle Tätigkeiten in der Landwirtschaft, im Bergbau und im Produzierenden Gewerbe mit einem Viertel der menschlichen Anstrengungen durchzuführen...Unter der Annahme, dass keine bedeutenden Kriege und keine erhebliche Bevölkerungsvermehrung mehr stattfinden«, kommt er zu dem Schluss, »dass das wirtschaftliche Problem innerhalb von hundert Jahren gelöst sein dürfte...Der Gang der Dinge wird einfach der sein, dass es immer größere und größere Schichten und Gruppen von Menschen geben wird, für die sich Probleme wirtschaftlicher Notwendigkeit einfach nicht mehr stellen.« (Keynes 1930)

Platzeck sieht in der Erfahrung mit dem Niedergang der ostdeutschen Ökonomie eine Chance für die Gestaltung der gesamtdeutschen Entwicklung. Entgegen allen empirischen Entwicklungstendenzen hält sich innerhalb der Sozialdemokratie die Formel von einer Überforderung des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses. Exemplarisch sei Klaus Harpprecht, Mitherausgeber der SPD-Zeitschrift »Neue Gesellschaft«, zitiert: » Es nimmt sich absurd aus, aber es ist die Wahrheit: Linkssein, fordert die Einsicht, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben; dass der Sozialstaat ein Objekt der Plünderung wurde; dass wir – alles in allem – zu faul und bequem geworden sind. Links sein kann darum fürs erste bedeuten, den Gürtel enger zu schnallen, wenn wir uns an ihm nicht aufhängen wollen.« (Harpprecht 2005: 7f)

Die Mehrheitsströmung der Sozialdemokratie und ihr Vorsitzender Platzeck folgen faktisch einer neoliberal geprägten Zeitdiagnose, nach der wir uns auf eine Politik des sozialgerechten Verzichts einstellen müssen.³ Grundlage der Neuinterpretation der sozialen Frage und der Konzeption sozialer Gerechtigkeit ist die Einschätzung von einem geringeren Volumen des verteilbaren gesellschaftlichen Reichtums, sei es aus Gründen verschärfter Konkurrenz (Globalisierung), der Bevölkerungsentwicklung oder der Überforderung von natürlichen Ressourcen. So wie sich die SPD in 1960er und 1970er Jahren, also den Zeiten beschleunigter Kapitalakkumulation, auf die weitere Ausgestaltung der sekundären Verteilung (soziale Sicherheit und Sozialstaat) konzentrierte, so nimmt sie in den letzten Jahrzehnten den tendenziellen Rückgang des Anteils der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen und den entsprechenden Anstieg des Anteils der Gewinn- und Vermögenseinkommen als unhinterfragbare Grundlage ihres gesellschaftspolitischen Handelns hin.

Der Übergang von einer Mangelökonomie zu einer politische Ökonomie des Überflusses erfordert eine neues System gesellschaftlicher Regulation. Im Selbstlauf finden die reifen kapitalistischen Gesellschaften nicht zu einer gleichmäßigen Einkommensverteilung und Steuerung der Produktivitätsfortschritte. Die Folgen sind bekannt: Die Massenarbeitslosigkeit wird zu einem strukturellen Merkmal des sozio-ökonomischen Gefüges (Mahnkopf 2000: 495). In der weiteren Konsequenz wird

mit der neoliberalen Politik der beständigen Umverteilung zugunsten von Gewinnen und Vermögen fertig zu werden.

³ Diese Grundhaltung des Verzichtes hat eine breite gesellschaftliche Verankerung, weil mit Blick auf Energie und Rohstoffe auch eine nachfrageorientierte Wachstumspolitik auf Skepsis und Vorbehalte stößt. Eine wichtiger Begründungszusammenhang der Verzichtspolitik ist die These von der Überlastung der Stoffkreisläufe. So konstatiert Michael Müller: Die sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums sind nicht mehr zu übersehen: »Es kam zu einer Delegitimierung der Gerechtigkeitspolitik, die im 20.Jahrhundert in der Idee des Sozialstaates konkretisiert war.« (2005: 80)

eine andauernde Tendenz in Richtung Unterbeschäftigung von Ressourcen diese Gesellschaftsformation schwächen und zerstören⁴. Die zentrale politische Herausforderung besteht darin, die beschleunigte Akkumulation von Geldkapital und Vermögenstiteln zu unterbinden und diese Form der gesellschaftlichen Ersparnisbildung in sinnvolle Investitionen umzusetzen. Wird diese Transformation den Marktkräften überlassen, entwickelt sich der zerstörerische Widerspruch zwischen Akkumulation von Vermögenstiteln und Unterbeschäftigung.

Mit der Revision ihrer politischen Identität – Anerkennung der Einkommensungleichheit als vermeintlicher Produktivitäts- und Wachstumsfaktor – gerät die Sozialdemokratie tendenziell in den Sog der neoliberalen Gesellschaftskonzeption. Logischerweise interpretiert sie die »Gerechtigkeitspolitik« im 20. Jahrhundert nicht vor der Folie einer Prosperitätskonstellation, die in der Konsequenz eine gesellschaftliche Regulierung der Primärverteilung erforderlich machte, sondern nimmt die faktische Delegitimierung der Umverteilung als sozio-ökonomische Grundlage zum Anlass für eine programmatische Revision. »In den vergangenen Jahrzehnten sind Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit in Deutschland vor allem materiell begründet und gewährleistet worden.« (Platzek 2005: 132) Dies sollte – so der SPD-Vorsitzende – die Sozialdemokratie durchaus als ihre geschichtliche Leistung begreifen. Die Ideen des Sozialstaates und der sozialen Marktwirtschaft seien – wenn nicht von der Sozialdemokratie entwickelt und gesellschaftlich verallgemeinert – mindestens von ihr in gesellschaftliche Realität umgesetzt worden. Wenn im 21. Jahrhundert eine gründliche Überarbeitung der sozialdemokratischen Konzeption unaufschiebbar geworden sei, dann liege dies an veränderten Rahmenbedingungen. »Was den Sozialstaat heute tatsächlich in Schwierigkeiten bringt, sind .. in Wirklichkeit weniger seiner erklärten ideologischen Feinde als die zunehmende Erosion seiner Voraussetzungen: die Tatsache nämlich, dass er – jedenfalls in seiner hergebrachten Form – zunehmend an objektive finanzielle und demografische Grenzen stößt.« (ebd.)

In einer Zeit, in der die Lohnabhängigen vom Zuwachs des gesellschaftlichen Produkts nicht nur Nichts erhalten, sondern für das Wachstum von Unternehmens- und Vermögenseinkommen selbst noch Milliarden abgeben müssen, sind die alten Konflikte präsent wie nie zuvor. Platzek verweigert den Blick auf die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und die Verteilungsverhältnisse.

Es geht um drei Ebenen der Kritik:

1. In den 1960er Jahren ging es um expansive Problemlösungen durch kontinuierliches Wachstum der Wirtschaft. Angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse konnten die Lohnabhängigen in der Primärverteilung in Sachen Einkommen, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und soziale Absicherung eine angemessenere Beteiligung am erarbeiteten Wohlstand

⁴ Gert Wagner ist zu zustimmen, dass es »linke Ziele« für Wirtschaftspolitik gibt, die sich im Wesentlichen aus verteilungspolitischen Zielen speisen. »Da die Linke Wählerinnen und Wähler vertritt, die im Durchschnitt über keine nennenswerten Vermögen und eher niedrige Einkommen verfügen, spielen Ziele einer ggf. staatlich garantierten Einkommensglättung eine große Rolle, was etwa für die Konjunkturpolitik unmittelbar bedeutsam ist. Daneben ist die effektive Sicherstellung gleicher Startchancen durch Bildungspolitik zentral. Hinzu können Ziele der systematischen Umverteilung der am Markt erzielten Einkommen kommen.« (Wagner 2005: 88) Keynes würde – entgegen einem populären Vorurteil – darauf bestehen, dass im reifen Kapitalismus die Umverteilung von Markteinkommen eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung einer entwickelten Dienstleistungsökonomie ist.

durchsetzen; diese Verteilungsstrukturen wurden im politischen Raum abgesichert und verstärkt. Bildung für alle war eine aktuelle Schlussfolgerung der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung der späten 1960er Jahre.

2. Platzeck und die sozialdemokratische Parteiführung unterschätzen nach wie vor die Herausforderung durch den Neoliberalismus. Ihre These: Von einem neoliberalen mainstream könne in der deutschen Gesellschaft keine Rede sein. »Grundsätzliche Sozialstaatsfeindschaft war und ist hierzulande weder im Osten noch im Westen mehrheitsfähig. Im Gegenteil erfreuen sich, wie Untersuchungen, Umfragen und Alltagserfahrung immer wieder zeigen, die Grundidee und die Prinzipien des Sozialstaates ungebrochener Beliebtheit und Zustimmung.« (Platzeck 2005: 132) Neoliberalismus lässt sich nicht auf eine grundsätzliche Gegnerschaft zum Sozialstaat einengen. Neoliberalismus ist die politisch-ideologische Konzeption in einer reifen kapitalistischen Gesellschaft, mit der Lohnzurückhaltung und damit eine kontinuierlich Umkehrung der Entwicklungstendenz in den Verteilungsverhältnissen zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen begründet und politisch verfestigt werden soll.

Weil der Neoliberalismus eine Verschärfung in den Verteilungsverhältnissen organisiert und das Versprechen einer Beschleunigung der Kapitalakkumulation und des Wirtschaftswachstums beständig enttäuscht, gewinnt in der Tat das Beharren auf einem Politikwechsel in Richtung auf höhere Arbeits- und Sozialeinkommen und einen Ausbau sozialer Sicherheit an gesellschaftlicher Resonanz.

3. Die politische Auseinandersetzung in der großen Bevölkerungsmehrheit, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebt, dreht sich zentral um die Frage: Politik des sozialgerechten Schrumpfens oder einer neuen Qualität gesellschaftlicher Regulation des Wertschöpfungs- und Verteilungsprozesses? Da ein Großteil der Gewerkschaften und der politischen Linken jenseits der Sozialdemokratie diesen Zwang zum Verzicht nicht akzeptieren, sondern die Veränderung der Verteilungsverhältnisse zu einer neuen Expansionspolitik nutzen wollen, werden sie als romantische Antikapitalisten und Populisten angegriffen.

Es geht nicht nur, aber auch um Deutungsangebote. Die gesellschaftliche Mitte wird durch die neoliberale Politik zerstört und diese zieht eine Umwälzung der politischen Kräfteverhältnisse nach sich. Tobias Dürr, Chefredakteur der Zeitschrift »Berliner Republik«, ahnt, dass die These von der linken Volkspartei in der Mitte der Gesellschaft fragwürdig ist. Dürr rät seiner Partei, das Phänomen ernst zu nehmen: »Wie und warum konnte sich die um den vormaligen Sozialdemokraten Oskar Lafontaine und beträchtliche Teile des besoldeten Funktionärsapparats der westdeutschen Partei erweiterte PDS etablieren?« Seine These: Wir haben es mit einem Wandel der grundlegenden Konfliktmuster innerhalb der deutschen und europäischen Gesellschaften zu tun, der das Aufkommen von Parteien wie der Linkspartei möglich macht (Dürr 2005: 71) Dürr hat noch keine Antwort für die Sozialdemokratie, aber er hat – im Unterschied zu vielen anderen in seiner Partei – ein Problembewusstsein. »Die alte Mitte ist weg. Die einen begreifen das, andere verweigern sich. Die alte mentale Mitte der Bundesrepublik als Komplex geteilter Grundannahmen und Mentalitäten trägt nicht mehr. Wo es die einen zurück zieht in

die idyllisierte Vergangenheit des ›Goldenen Zeitalters‹ (Eric Hobsbawm), fordert auf der anderen Seite eine ›Generation Reform‹ (Paul Nolte) mehr Dynamik und Erneuerung. Diese elementare Auseinandersetzung zwischen zwei Generalsdeutungen der Wirklichkeit liegt im Grunde schon jetzt sämtlichen gesellschaftlichen Debatten in Deutschland zugrunde.« (Dürr 2005: 74)

Die Zerstörung der gesellschaftlichen Mitte hängt zum einen mit einer tiefgreifenden Veränderung der Primärverteilung zwischen Arbeitseinkommen einerseits und Gewinn- und Vermögenseinkommen andererseits zusammen. Zum andern ist die Auflösung der »Mitte« ein politischer Prozess: Die politisch strukturierte Sekundärverteilung beförderte die soziale Polarisierung. Von der Zweidrittel-Gesellschaft, die in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts im Zentrum der sozialdemokratischen Strategie stand, ist längst keine Rede mehr. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die bundesdeutsche Gesellschaft von Millionen Arbeitslosen und prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägt. 2004 bezogen 6,9 Millionen Beschäftigte Niedriglöhne (in Westdeutschland weniger als 9,58 € Stundenlohn); die Hälfte der Bevölkerung muss mit einem Nettohaushaltseinkommen von bis zu 1.400 € im Monat auskommen.

Längere Zeit dominierte in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die These von der Zweidrittel-Gesellschaft. Die strategische Konzeption der modernisierten Sozialdemokratie zielte darauf, sich von den unteren sozialen Schichten, der schrumpfenden Basis der traditionellen Arbeiter, zu lösen, sich den aufsteigenden neuen Dienstleistungsschichten zu zuwenden und das so erreichte gesellschaftliche Gewicht dann auch zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse des unteren Drittels einzusetzen, die am Markt grundsätzlich keine ausreichenden Markteinkommen mehr erzielen können. Die politische Konzeption der »neuen Mitte« verschob also faktisch die soziale Ausrichtung der Sozialdemokratie vor dem Hintergrund einer Hypothese über den sozialen Strukturwandel. Wegen unzureichender gesellschaftspolitischer Intervention und zunehmender Deregulierungspolitik setzte sich aber nicht die erhoffte moderne Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts mit entsprechender sozialer Schichtung durch. Infolge von struktureller Unterbeschäftigung und der Auflösung des tariflich geprägten Verteilungssystems vergrößerte sich vielmehr der Bereich der unteren sozialen Schichten, die in Formen moderner Armut oder in einer Konstellation des prekären Wohlstandes existieren.⁵

Der Kernbereich der Sozialdemokratie – das ehrenamtliche Element der Facharbeiterschaft – verlor in den 1970er und 1980er Jahren dramatisch an Einfluss. Die SPD wurde in der Tat zu einer Partei der Mitte. In der Konsequenz macht sich eine Repräsentanzlücke breit – die Sozialdemokratie spiegelt weder die gewachsenen unteren sozialen Schichten noch die aufsteigenden sozialen Dienstleistungsschichten wieder.

Der durch die Massenarbeitslosigkeit geprägte Strukturwandel der reifen kapitalistischen Gesellschaft führt im politischen System selbst zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses. Der Niedergang der Sozialdemokratie geht

⁵ Atzmüller sieht, dass »der dritte Weg ..nicht einfach eine Fortsetzung des Neoliberalismus« ist, sondern eine Regulation anzielt, die »den Individuen Teilhabe und Gerechtigkeit im postfordistischen Kapitalismus verspricht.« (Atzmüller 2005: 37). Allerdings ist die postfordistische Formation weder vom Produktionsmodell noch von dem Strukturwandel zur Dienstleistungsökonomie zustande gekommen.

mit einer Ausweitung des linken Parteienlagers einher. »Entgegen dem immer wieder zitierten Mythos einer ›Kultur der Mitte‹ verortet die ...nationale Wahlstudie 2002 ...44, 3 Prozent der Befragten links von der Mitte ; 29,3 der Befragten siedeln sich in der Mitte an; und nur 26,4 % platzieren sich rechts von der Mitte.« (Mielke 2004)

Als Folge der Erosion der gesellschaftlichen Mitte wird von einem Großteil der Wahl- und Parteienforscher ein Richtungswechsel in der Politik der SPD ausgemacht. »Die SPD-Elite rutscht auf der Konfliktachse nach rechts und nähert sich dem marktliberalen Pol an. Demgegenüber verharren große Teile der SPD-Mitgliedschaft und wichtige Wählersegmente auf der ideologischen Position einer wohlfahrtsstaatlichen Sozialdemokratie.« (ebd.). Die SPD-Führung begründet ihre Politik mit der vermeintlich alternativlosen Notwendigkeit, den Sozialstaat des 20. Jahrhunderts an die veränderten Bedingungen des globalisierten und flexibilisierten Kapitalismus anzupassen. Tatsächlich verschärft sie jedoch die gesellschaftliche Krise. Es geht um die politisch verstärkte Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft, die wie eine Druckwelle vom Zentrum ausgehend die ganze Gesellschaft erfasst, mit unterschiedlichen Auswirken auf verschiedenen Ebenen.

Die Zerstörung des Lohnarbeitsstatus stößt nicht nur bei den besonders betroffenen Lohnabhängigen, sondern auch bei anderen sozialen Schichten auf Widerspruch – trotz enormen Drucks in und durch die öffentliche Meinung. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung will sich nicht mit dem Abbau sozialer Rechte und der Zerstörung sozialen Eigentums (Krankenversicherung, Alterssicherung, öffentliche Versorgung) abfinden und hält aufgrund tief verwurzelter sozialstaatlicher Normen an der Erwartung einer sozialen Regulierung des Kapitalismus auch für das 21. Jahrhundert fest. »Diese Normen sind keineswegs auf die untere Hälfte der sozialen Pyramide beschränkt; auch beträchtliche Teile der Mittelschichten haben sie übernommen. Vor allem aber haben sich diese Sozialstaats- und Gerechtigkeitsvorstellungen als überaus stabil erwiesen. Sie stehen als stiller Konsens der Bevölkerung in einem beinahe grotesken Gegensatz zum öffentlichen Diskurs.« (Oberdörfer 2004)

Zusammengefasst: Die Sozialdemokratie übernimmt nicht einfach ein neoliberale Gesellschaftskonzeption. Die soziale Parteizusammensetzung treibt sie in Richtung neue aufsteigende Dienstleistungsschichten, während der gesellschaftliche Strukturwandel zu einer erheblichen Ausweitung der unteren sozialen Schichten und einer Ausbreitung der Prekarität führt. Mit der eingeeengten politischen Repräsentanz gerät die sozialdemokratische Führung in einen wachsenden Gegensatz zu den unteren sozialen Schichten. Ihr »Gesellschaftsbild enthält nicht nur eine starke Abwertung der Volksmilieus, die, aus der Perspektive der alten puritanischen Arbeitsmoral, als faul, sittenlos und selbstsüchtig erscheinen...Es enthält auch eine besondere Idealisierung der oberen Gruppen, die von der Forderung nach Umverteilung ausgenommen werden. Die Diagnose mündet in einen neuen puritanischen Tugend-Diskurs. Der Staat müsse die Bürger zum Sparen und zur Verantwortung aktivieren und alle Möglichkeiten des ›Missbrauchs‹ und der Verschwendung der sozialen Leistungen abbauen.« (Vester 2005: 65)

Die Härte der Verteilungauseinandersetzung ist keine ideologische Erfindung. Das Dilemma der Sozialdemokratie liegt darin begründet, dass sie die gesellschaftliche Interessenkonstellation nicht wahr haben will. Wer aber die Herausforderung der neoliberalen Umverteilungspolitik nicht anerkennt, der wird Schritt um Schritt auf die Seite der wirtschaftlichen Elite und der Vermögenden abrutschen. Die untere Hälfte der Gesellschaft will nicht beständig auf Abstriche am Lebensstandard verpflichtet werden, ohne Aussicht auf eine sozialgerechte gesellschaftliche Ordnung.

Innerhalb der Sozialdemokratie existieren nach wie vor Tendenzen, die an einer kritischeren Sichtweise der Kapitalentwicklung festhalten. Die Konsequenz der Zustimmung zu einer Politik des »Schrumpfens« erfolgt hier aus der Einschätzung der historischen Alternativlosigkeit: Globalisierung läuft auf eine Machtverschiebung zugunsten der Finanzmärkte hinaus. »Das Finanzkapital dominiert über die Politik. Die soziale Demokratie wurde geschwächt... Der Rheinische Kapitalismus wurde demontiert... Solange es kein europäisches Gegenmodell zum angelsächsischen Kapitalismus gibt, das stark genug ist, sich gegen diese Zwänge zu behaupten, steht gerade der Exportweltmeister Deutschland ...unter einem hohen Anpassungsdruck an Globalisierung und Postliberalismus.« (Müller 2005: 81)

Der neue Kurs der Sozialdemokratie hat noch keine klaren Konturen, was – dies ist kaum überraschend – viel mit der Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen zu tun hat. Dass die Sozialdemokratie sich – zu Beginn einer neuen Etappe der programmatischen Selbstverständigung – noch nicht ganz im Klaren über die einzuschlagende Richtung ist, lässt sich daran ablesen, dass zunächst eine Kommission eingerichtet wurde. Der Parteivorstand hat ein »Wirtschaftsforum« beschlossen, das vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und Bundesfinanzminister Steinbrück geleitet werden soll. Vor allem in dieser Kommission soll geklärt werden, »wie es der Partei gelinge, soziale Gerechtigkeit nicht von der Verantwortung für wirtschaftliche Dynamik zu entkoppeln.« (Platzek) Im Klartext: Über Familienpolitik und bessere Bildungsangebote lässt sich nur reden, wenn die Finanzverhältnisse klar sind. Die kapitalistische Ökonomie hat die Tendenz, die Arbeitseinkommen abzukoppeln, was logischerweise Konsequenzen für die Sozialeinkommen und die öffentlichen Güter und Dienstleistungsangebote hat. Folglich entscheidet sich der »Dreiklang: mehr Kinder, bessere Bildung und starke Familien« an dieser Schnittstelle.

Der handlungsfähige Sozialstaat

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Finanzminister der großen Koalition, Peer Steinbrück, gehört zu jenem engeren Kreis, von dem sich die Sozialdemokratische Partei wichtige Impulse für ihre programmatisch-organisatorische Erneuerung erwartet. In einer Grundsatzrede vor der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main hat Steinbrück klar gestellt, dass es eine Korrektur des überlieferten Orientierungs- und Handlungsrahmens der SPD mit ihm nicht geben wird. (Steibrück 2006)

Steinbrück unterstreicht die Richtigkeit des Richtungswechsels unter Schröder. »Die Regierung Schröder hat erste, wichtige Schritte eingeleitet, um den Reformstau im Lande aufzulösen. Zur Fähigkeit, neue Wege zu gehen, muss nun auch die Bereitschaft kommen, bereits erzielte Fortschritte anzuerkennen.« Die Politik der Agenda 2010 wurde mit der Notwendigkeit begründet, dass angesichts von Globalisierung und demografischer Entwicklung eine Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme und des Sozialstaates alternativlos seien. Daran hält Steinbrück fest.

Mit der Agenda 2010 hat die SPD eine Anpassung an die neoliberale Gesellschaftskonzeption vorgenommen. Neoliberalismus heißt in diesem Fall, dass die SPD auf der einen Seite die Spitzensteuersätze für die Besserverdienenden und die Unternehmenssteuern drastisch gesenkt hat und die Besteuerung der Vermögen weiterhin ablehnt. Zum anderen hält sie umfangreiche Kürzungen bei der sozialen

Sicherheit und den unteren sozialen Schichten für unverzichtbar. Der Übergang der Sozialdemokratie von einer Sozialstaatspartei hin zu einer modernisierten Formation der Neuen Mitte, die letztlich auf eine verdeckte oder offene Abspaltung der Interessenvertretung der unteren sozialen Schichten hinausläuft, bestimmt die politische Agenda zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Steinbrück hält an dieser Transformation fest. Er behauptet, dass die Ergebnisse der Agenda 2010 für die Besitzenden eindeutig positiv sind:

- »Mit dem Aufbau der kapitalgedeckten privaten Altersversorgung sind wir weiter, als viele glauben. Allein im letzten Jahr haben sich die Riester-Rentenverträge verdoppelt.
- Die letzte Bundesregierung hat die bisher umfangreichste Steuerreform in der Geschichte unseres Landes umgesetzt. Seit dem 1. Januar 2005 haben die Einkommensteuersätze Tiefstände erreicht.
- Mit unter 20 Prozent ist die deutsche Steuerquote 2005 signifikant unter ihren langfristigen Durchschnitt von 23 Prozent gefallen. Damit hat Deutschland – neben der Slowakei – die geringste Steuerquote in der EU.«
- Und wörtlich bietet der Finanzminister noch »ein ›Schmankerl‹: Mit 6,3 Prozent des BIP geben wir deutlich weniger für unsere öffentliche Verwaltung aus als andere EU-Staaten wie Italien mit 9,1 Prozent, die Niederlande mit 8,1 Prozent, Polen mit 7 Prozent und Frankreich mit 7,1 Prozent.«

Steinbrück warnt allerdings vor »Fliehkräften«, die durch diese vermeintlich alternativlose Politik der Neujustierung des Sozialstaates entstehen: »Wir müssen Chancengerechtigkeit schaffen, um die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft zu bändigen, die ihren Zusammenhalt und ihre Solidarität gefährden. Diese Fliehkräfte werden immer stärker spürbar... Ich warne davor, diese Fliehkräfte zu unterschätzen... Um solche Fliehkräfte vorbeugend einzudämmen, reicht es nicht, allein das hohe Lied des Marktes zu singen oder auf die Zauberformel von der ›Deregulierung‹ zu setzen. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Staat.«

Dass innerhalb der Sozialdemokratie die These vom »handlungsfähigen Sozialstaat« keineswegs auf die Mehrheitsposition von Steinbrück beschränkt ist, macht sein Kollege aus Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, deutlich. Ähnlich wie Steinbrück fordert er die Handlungsfähigkeit des Sozialstaates ein, zieht aber aus der Grundüberlegung, dass der soziale Zusammenhalt kein Luxus und nicht zum Nulltarif zu haben ist, den Schluss: »In der Haushalt- und Finanzpolitik, aber auch in der Sozialpolitik ist ..eine neue Kursbestimmung notwendig.« (Stegner 2005: 65) Es sieht die Zerstörung der Wachstumspotentiale durch die neoliberale Umverteilungspolitik mit der Konsequenz einer »aktuellen Negativspirale der schwachen Binnennachfrage« (ebd.), die zudem die BürgerInnen kontinuierlich verunsichert und zu einer wachsenden Gefährdung der demokratischen Grundstrukturen führt.

Die praktische Schlussfolgerung von Stegner: »Unternehmen müssen ihren Beitrag zu den Staatsfinanzen leisten. Das Steuersystem muss aufhören, einzelne Unternehmen oder bestimmte Strukturen zu bevorzugen. ...Durch eine ungerechtfertigte und ungerechte Großzügigkeit gegenüber gewissen Einkommensarten verzichtet der Staat Jahr für Jahr auf viel Geld.« Er »denkt an die einseitige Bevorzugung von Betriebs- und Grundvermögen bei der ErbschaftssteuerWenn wir diese Schief lagen beseitigen, stärken wir nicht nur die Legitimation von Steuern, sondern eröffnen auch Spielräume, die Steuerlast für andere ...zu senken.«

(Stegner 2005: 67) Diese Konzeption stellt sicherlich eine Brücke zur sozialdemokratischen Linken und zur Linken jenseits der Sozialdemokratie dar.

Unter dem Blickwinkel eines radikalen Politikwechsels erscheint die Positionsbestimmung von Stegner als unzureichend. Gleichwohl ist festzuhalten, dass innerhalb der Sozialdemokratie nach wie vor eine Strömung existiert, die die Politik der Begünstigung von Gewinn- und Vermögenseinkommen nicht mitmachen will und mit einem entsprechenden Kurswechsel für eine Expansion der Binnenwirtschaft und eines handlungsfähigen Sozialstaates eintritt. Dies gilt nicht nur für den Schlüsselbereich von Wirtschaft und Finanzen, sondern vor allem für eine Perspektive der staatlich regulierten Dienstleistungsbereiche. Dies wird nicht nur im Beharren auf einer solidarischen BürgerInnenversicherung für Gesundheit und Alter deutlich, sondern auch in dem Insistieren auf einer durch staatliche Regulation durchgesetzten Expansion von Dienstleistungen. Es ist eindeutig, dass sich innerhalb der Sozialdemokratie eine Strömung dagegen wendet, die Entwicklung von weiteren Dienstleistungssektoren allein dem Markt zu überlassen; mit einer neoliberalen Gesellschaftskonzeption können die Innovationspotentiale nicht erschlossen werden. »Es gilt, den Wohlfahrtsstaat nicht nur als Last, sondern als soziale Investition zu begreifen. Der Umbau des bundesrepublikanischen Sozialstaates sollte deshalb neue Innovationsschwerpunkte kreieren, die sowohl sozial integrierend als auch beschäftigungsfördernd wirken.« (Heinze, Hilbert 2005: 71) Unter der Voraussetzung eines Ausbaus der sozialen Sicherheit, können in der alternden Gesellschaft über die erforderlichen Dienstleistungssektoren zukunftssträchtige Beschäftigungsfelder entwickelt werden.

Neujustierung des Sozialstaates heißt allerdings für die Mehrheit in der modernisierte Sozialdemokratie: »Es kann nicht das alleinige Ziel des modernen Staates sein, jeden Einzelnen gegen alle Unwägbarkeiten des Marktes zu schützen. Das erste Ziel muss mehr denn je werden, den Einzelnen zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen.« (Steinbrück 2006) Die Befähigung für den Markt läuft für viele BürgerInnen darauf hinaus, dass sie kein selbst bestimmtes Leben mehr führen können. Für Arbeitslose und Ausgegrenzte ist eine Existenzsicherung aus eigener Kraft nicht möglich. Und selbst für jene, die noch in einem Erwerbsarbeitsverhältnis stehen, wird die soziale Sicherheit zum kaum mehr bezahlbaren Luxus.

Steinbrück weiß, dass die Politik des Umbaus der sozialen Verhältnisse nur dann mit vertretbaren »Lasten« durchgesetzt werden kann, wenn ein neuer Grundkonsens in einer großen Mehrheit der Bevölkerung entwickelt werden kann. »Es wäre aber fatal, würden wir die Sozialstaatsfrage nur auf die Finanzen reduzieren. Es geht um weit mehr, nämlich um den Zusammenhalt und die Stabilität unserer Gesellschaft. Sie muss zum Kern eines neuen gesamtgesellschaftlichen Grundkonsenses werden... Das ist nicht nur eine Frage der Moral, sondern das gebietet auch die ökonomische Vernunft. Denn die Folgekosten der Untätigkeit würden uns bald über den Kopf wachsen und zu einer schweren Belastung für unseren Wirtschaftsstandort werden.«

Steinbrück ist sich mit dem Parteivorsitzenden Platzeck einig: Beide glauben nicht »an die allein seligmachende Wirkung des Marktes und ständige Deregulierung.« Beide wollen den leistungsfähigen Staat und lehnen die Tendenz zur totalen Privatisierung ab. Steinbrück umreißt die Konzeption aktivierender Sozialstaatlichkeit folgendermaßen: Die »Lage unseres Gemeinwesens gibt zwingenden Anlass, sich auf unverzichtbare Aufgaben zu konzentrieren... Um diese Aufgabe weiterhin erfüllen zu können, müssen die Leistungen des Staates strikt an die Art ihrer Wirkungen gebunden werden: Was aktivierend wirkt, muss bleiben, und es kann sogar

ausgebaut werden, wenn zugleich alles das abgebaut wird, was zu Passivität und übertriebener Anspruchshaltung führt. Es kann nicht das alleinige Ziel des modernen Staates sein, jeden Einzelnen gegen alle Unwägbarkeiten des Marktes zu schützen. Das erste Ziel muss mehr denn je werden, den Einzelnen zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen. Die Schlüssel dazu sind Bildung und Qualifizierung in ihrer ganzen Palette.«

Platzeck ergänzt: soziale Gerechtigkeit hieß früher angemessene Entlohnung, anständige Arbeitsbedingungen; »das ist nach wie vor sehr wichtig. Heute geht es aber auch um den gerechten Zugang zu Möglichkeiten der Selbstentfaltung. Der gerechte Zugang zu Bildung ist der Schlüssel schlechthin, um später am Leben teilnehmen zu können.«

Bildung als Schlüssel

Bildung als Schlüssel für die Lebenspraxis hat dann einen fatalen Beigeschmack, wenn die Bildungsschranken in Deutschland so hoch und starr sind wie nie zuvor.

Bildung als Schlüssel für die Öffnung der Lebenschancen – deutlicher könnte ein sozialdemokratischer Politiker seine Konzeptionslosigkeit nicht formulieren. Dass das Bildungs- und Schulsystem die gesellschaftliche Ordnung in ihrer gegenwärtigen Gestalt reproduziert – diese These könnte sich die SPD-Führung von jedwedem Bildungsforscher oder aufgeschlossenen Bildungspraktiker erläutern lassen. Die Bildungsschranken sind in der Berliner Republik wirksamer denn je. Und das ist nur der eine Teil der Wahrheit.

Die zweite Seite: Das Bildungssystem leistet den wesentlichsten »Beitrag zur Legitimierung der sozialen und ökonomischen Ungleichheit, indem es einer sozialen Ordnung, die auf der Übertragung ökonomischen und immer stärker auch kulturellen Kapitals beruht, den Anschein einer Ordnung verleiht, die auf schulischen Verdiensten und individueller Begabung basiert.« (Pierre Bourdieu)

Der egalitäre Mythos im Kapitalismus idealisiert die befreiende Wirkung des Bildungssystems und ignoriert die Schule als Ort der Konservierung von gesellschaftlicher Ungleichheit. Um die hartnäckig tradierten sozialen Unterschiede im Bildungssystem entscheidend zurückzudrängen, bedürfte es einer massiv asymmetrischen Förderung: Kinder aus sozialen Schichten mit schlechtem Bildungs- und kulturellem Kapital müssten durch eine Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen weit überproportional unterstützt werden. Faktisch findet auch in der Logik der sozialdemokratischen Familien- und Bildungspolitik das Gegenteil statt.

In der Tat könnten kostenlose Kindertagesstätten eine neue gesellschaftliche Entwicklung anstoßen. Zusätzlich müssten Kinder der unteren sozialen Schichten in kleineren Kita-Gruppen zusätzliche pädagogische Impulse und Förderung erhalten, die in den nachfolgenden Bildungsinstitutionen fortgesetzt werden müssten. Doch die Realität sieht anders aus. Kostenlose Kitas sind – so die Kommunalpolitiker – angesichts defizitärer öffentlicher Finanzen reine Illusion. Die geplante steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten ab dem sechsten Lebensjahr benachteiligt die BürgerInnen mit Sozialeinkommen und niedrigen Arbeitseinkünften.

Der Abbau sozialer Schranken auf allen Ebenen des Bildungssystems verdient unsere Aufmerksamkeit. Damit solche Interventionen erfolgreich sind, müssen sie praktizierte Ungleichheit sein, d.h. die Benachteiligten stärker fördern. Der Ansatz,

gegen soziale Schranken im Bildungssystem vorgehen zu wollen, darf nicht gegen politische Interventionen gegen wirtschaftliche und soziale Ungleichheit im Bereich gesellschaftlicher Arbeit und der Verteilungsverhältnisse ausgespielt werden.

Wird das doch zur modernen Konzeption in der sozialdemokratischen Sozialstaatsdebatte erhoben, ist dies lediglich die Renaissance des alten egalitären Mythos: Der Glaube an die egalitäre Schule soll die sozialen Unterschiede als gerechtfertigt legitimieren. Das Bildungssystem leistet einen Beitrag zur Legitimierung der sozial-ökonomischen Ungleichheit, weil es den Anschein verstärkt, die sozialen Unterschiede beruhen auf schulischen Verdiensten und individueller Begabung.

Sozialdemokratie und neue Linke

Die Mehrheit in der modernisierte Sozialdemokratie irrt doppelt: Zum einen wird der Appell an die wirtschaftliche Elite bei der Herstellung eines solchen Grundkonsensus nicht fruchten. Die Shareholder-Mentalität hat flächendeckend zu einer Politik der Radikalisierung der Umverteilung geführt; die wirtschaftlich Mächtigen sind nur durch Widerstand zu stoppen, nicht aber durch Appelle zur Mäßigung.

Zum andern wird es selbst innerhalb der Sozialdemokratie schwierig bleiben, diese gesellschaftspolitische Konzeption durchzusetzen. Manfred Güllner, der Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts Forsa, kritisiert zu Recht, dass die Sozialdemokratie einer selbstkritischen Aufarbeitung ihrer Kette von Niederlagen bislang ausgewichen ist. »Doch ohne Analyse und Aufarbeitung der schon lange andauernden tiefen Krise der SPD, die durch das Wahlergebnis vom September und deren Folgen noch größer geworden ist, wird es schwerlich eine Renaissance der SPD geben können... Eine Erneuerung der SPD ... ist beim gegenwärtigen Zustand der Partei in den nächsten Jahren – und das zeigt das ganze Ausmaß der Krise der SPD – weder vom Regierungs- noch vom Parteiapparat zu erwarten.« (Güllner 2006) Die verbreitete Skepsis selbst innerhalb der SPD über eine unverzichtbare Erneuerung resultiert neben den programmatisch-inhaltlichen Herausforderungen auch aus einer selbstkritischen Bewertung der Organisation: Die Erneuerung der Handlungsfähigkeit »setzt eine agile, vitale und diskussionsbereite Parteistruktur voraus. Doch die ist nach sieben Jahren Regierung nicht vorhanden. In den letzten fünfzehn Jahren hat die SPD rund 300.000 Mitglieder eingebüßt... Die neue Parteiführung muss also die SPD neben der Regierung neu erfinden, ohne ihr dabei in den Rücken zu fallen. Voraussetzung für die Rückeroberung des Kanzleramtes 2009 ist eine erneuerte Partei.« (Bussemer 2005: 30)

Trotz des Andauerns der tiefen Krise der Sozialdemokratie, die in der Regierungskonstellation mit einer bürgerlichen, in der Substanz neoliberalen, Partei nicht aufgehoben werden kann, muss die anlaufende Debatte um ein neues Grundsatzprogramm genau beobachtet werden. Zur Widersprüchlichkeit gehört auch eine partielle Öffnung zu den Themen, die ansonsten vorwiegend von den »populistischen Linksreaktionären«, also Linkspartei.PDS und WASG, gepflegt werden. »Nach den Wahlniederlagen und dem Verlust der Bundesregierung suggeriert die SPD eine kleine Öffnung nach links: Mindestlohn, Bürgerversicherung, Verteidigung der Gewerkschaften, aktive Beschäftigungspolitik.« (Demirovic 2005: 52) Es wäre theoretisch falsch und politisch gefährlich, die Sozialdemokratie komplett als neoliberale Formation abzuschreiben. Sicherlich sind die Ansätze in Richtung

Einschränkung der Umverteilung zu Gunsten von Gewinn- und Vermögenseinkommen, zum Ausbau von modernen Dienstleistungen und einer neuen Qualität gesellschaftlicher Regulation eindeutig die Minderheit; doch könnten unter dem Druck der Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche und der politischen Angebot einer modernen Linkspartei neben der Sozialdemokratie eine größere Offenheit in der programmatischen Debatte und in der Konsequenz auch andere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse entstehen.

Literatur:

- Atzmüller, R. (2005): Nach der neoliberalen Revolution, in Widerspruch 49,
- Bischoff, J. (2005): Die SPD und die Zerstörung des >Rheinischen Kapitalismus<
- Bischoff, J. (2006): Gesellschaftspolitische Alternativen zum Trend zu Stagnation und Deflation, in: Bischoff, J., Steinitz, K., Zinn, K.G. u.a.: Stagnationsfalle, Hamburg
- Bussemer, T. (2005): Links und frei, in: Die Zukunft der Linken, Vorgänge 171/172, Wiesbaden
- Dürr, T. (2005): Pol der Beharrung, Was die >Linkspartei< für SPD und Parteiensystem bedeutet, in: Perspektive 21, Dezember 2005, Potsdam
- Güllner, M (2006): Wie Teile der SPD mit der Wahlniederlage vom 18. September umgehen, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Januar / Februar 2006.
- Harpprecht, K. (2005): Verzicht und Hingabe eines neues progressives Projekt, in Die Zukunft der Linken, Vorgänge 171/172, Wiesbaden
- Heil, H. (2005): Vorwärts! Wie die Sozialdemokratie die Zukunft gewinnen kann, in: Perspektiven 21, Dezember 2005 Potsdam
- Keynes, J. M. (1930): Wirtschaftliche Möglichkeiten unserer Enkelkinder, in: Reuter ; N. 1998, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg
- Lafontaine. O. (2006): Was ist die Linke, in Junge Welt 19. und 20. Januar 2006
- Mahnkopf, B. 2000, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie, In Prokla 121 , Berlin
- Mielke Gerd (2004): das bedrohte Sein prägt das Bewusstsein, n: Frankfurter Rundschau 19. 07.2004
- Müller, M. (2005): Nachhaltigkeit als Impulsgeber und Leitidee für die Linke, in: Die Zukunft der Linken, Vorgänge 171/172, Wiesbaden
- Oberndörfer G. u.a. (2004): Die Mär von der Besonderheit des Ostens, in FR 23.09.2004
- Platzeck, M. (2005a): Glücklich schrumpfen ? Warum gerade die schrumpfende Gesellschaft eine erneuerte Gerechtigkeitspolitik braucht. In: Heil, H. und Seifert, J. 2005. Soziales Deutschland, Wiesbaden
- Platzeck, M. (2005b): Die zupackende SPD. Miteinander statt gegeneinander – für soziale Demokratie im 21. Jahrhundert, in Perspektive 21, Heft 28, Potsdam
- Platzeck; M. (2006): Eine große Koalition hält mehr aus, als sie glauben, in: SZ vom 13.1. 2006
- Schreiner, O. (2006): Alles entscheidet sich an der Verteilungsfrage, in Sozialismus 2, 2006
- Stegner, R. (2005): Der handlungsfähige Sozialstaat, in: Heil, H. und Seifert, J. 2005. Soziales Deutschland, Wiesbaden
- Steinbrück, P. (2006): Kein fetter, aber ein leistungsfähiger Staat, dokumentiert in der Frankfurter Rundschau vom 11.1.2006.
- Vester, M. 2005, Der Mythos des individualisierten Wählers, in: Die Zukunft der Linken, Vorgänge 171/172, Wiesbaden

Wagner, G.G. (2005): Linke Wirtschaftspolitik oder gute Wirtschaftspolitik, in: Die Zukunft der Linken, Vorgänge 171/172, Wiesbaden